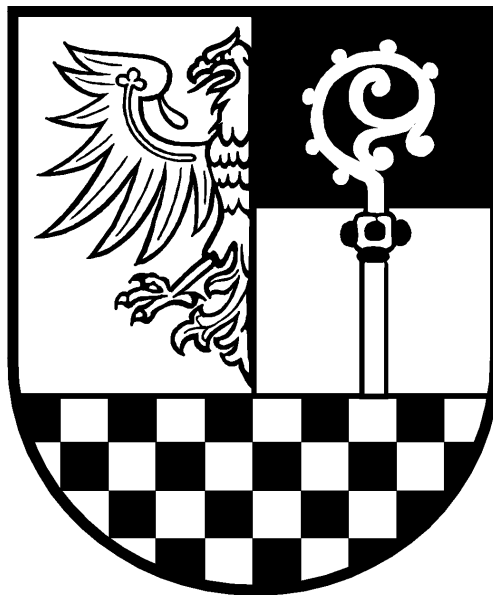


Vorbericht
zum Haushaltsplanentwurf 2013
des Landkreises Teltow-Fläming

Beschluss-Nr.: 4-1427/13-I



I. Statistische Angaben Landkreis Teltow-Fläming

Kommunen des Landkreises Teltow-Fläming

- Kreisgrenze
- Amtsgrenze, Grenze einer amtsfreien Gemeinde
- Gemeindegrenze

LUDWIGSFELDE Stadt

Großbeeren Gemeinde

LUCKENWALDE Sitz der Kreisverwaltung

----- Amtssitz

— Verwaltungssitz in den amtsfreien Städten und Gemeinden



Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Teltow-Fläming

Jahr	EW ges.	Männer	Frauen
2000	159.719	78.581	81.138
2001	160.427	79.068	81.359
2002	160.659	79.287	81.392
2003	161.290	79.710	81.580
2004	161.696	80.048	81.643
2005	162.358	80.486	81.872
2006	162.342	80.453	81.889
2007	162.225	80.447	81.676
2008	161.682	80.290	81.392
2009	161.351	80.178	81.173
2010	161.120	80.011	81.109
2011	160.986	80.005	80.981

Eckwerte des Arbeitsmarktes 2011

Monat	Jan.	Febr.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep.	Okt.	Nov	Dez.	Ø
Arbeitslose insgesamt	8196	8256	7908	7364	6920	6741	6988	6972	6658	6391	6268	6508	7098
davon Männer	4718	4754	4568	4160	3807	3723	3774	3780	3560	3421	3339	3572	3931
Frauen	3478	3462	3340	3204	3113	3018	3214	3192	3098	2970	2929	2936	3163
dar. Jugendliche unter 20 Jahre	102	118	86	83	88	81	166	161	113	84	85	96	105
Jugendliche unter 25 Jahre	880	903	830	762	682	645	871	842	763	674	650	653	763
Arbeitslose über 55 Jahre	1605	1610	1583	1519	1456	1423	1402	1444	1392	1372	1325	1349	1457
Langzeitarbeitslose (1 Jahr und länger)	2196	2118	2106	2077	2040	2018	2008	2074	2010	1980	1914	1973	2043

II. Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsplan 2013

Rechtgrundlagen

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sind folgende Rechtsvorschriften anzuwenden:

- Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), geändert durch Gesetz vom 23. September 2008 (GVBl. I S.202) durch Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg vom 15. April 2011 (GVBl. I Nr. 6)
- Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung -KomHKV) vom 14. Februar 2008 (GVBl. II S.14), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Juni 2010 (GVBl. II Nr. 38)
- Verwaltungsvorschrift über die produktorientierte Gliederung der Haushaltspläne, die Kontierung der kommunalen Bilanzen und der Ergebnis- und Finanzhaushalte sowie über die Verwendung verbindlicher Muster zur Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (VV Produkt- u. Kontenrahmen) vom 18.März 2008 (ABl. S. 939), geändert durch Runderlass vom 21. Dezember 2009

Bestandteile des Haushaltsplanes

Der Haushaltsplan besteht gemäß § 3 KomHKV (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung) aus:

- dem Ergebnishaushalt
- dem Finanzhaushalt
- den Teilhaushalten und
- dem Haushaltssicherungskonzept.

Dem Haushaltsplan sind beizufügen:

- der Vorbericht,
- eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen; werden Auszahlungen in Jahren fällig, auf die sich der mittelfristige Ergebnis- und Finanzplan noch nicht erstreckt, so ist die voraussichtliche Deckung des Ausgabenbedarfs dieser Jahre gesondert darzustellen,
- eine Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten, der Rücklagen und der Rückstellungen zu Beginn und zum Ende des Jahres, für das der Haushaltsplan aufgestellt wird (Planjahr),
- eine Übersicht über die Sonderposten und über die veranschlagten Erträge aus der Auflösung der Sonderposten im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum,
- eine Übersicht über die veranschlagten Erträge und Aufwendungen aus allgemeinen Umlagen, Ersatz von sozialen Leistungen und Sozialtransferleistungen im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum,
- der Stellenplan,
- die Wirtschaftspläne der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
- die Wirtschaftspläne der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist,
- eine Übersicht über die gebildeten Budgets.

Der Ergebnishaushalt umfasst alle Ressourcen als Aufwendungen und Erträge und weist somit das Ressourcenaufkommen, den Ressourcenverbrauch sowie die sich daraus ergebenden Jahresüberschüsse oder Jahresfehlbeträge aus.

Der Finanzhaushalt beinhaltet die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen im Haushaltsjahr sowohl aus laufender Geschäftstätigkeit als auch für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.

Die Teilhaushalte bestehen aus den Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalten und werden auf Produktebene abgebildet. Die Teilergebnispläne beinhalten die ILV – die sogenannte interne Leistungsverrechnung.

Im Haushaltsjahr 2013 besteht der Gesamthaushalt des Landkreises Teltow-Fläming aus 153 Produkten (109 Haupt- und 44 Unterprodukte).

Für das Haushaltsjahr 2013 kam es zu einer Produktneubildung im Bereich der Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Eingliederung von Teilen der SWFG wurde hier das Produkt 575010 - Tourismus geschaffen.

Die Produktbeschreibungen, mit Hilfe derer die Produkte näher erläutert werden, liegen den entsprechenden Teilplänen bei.

III. Überblick über den Stand und die Entwicklung der kommunalen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

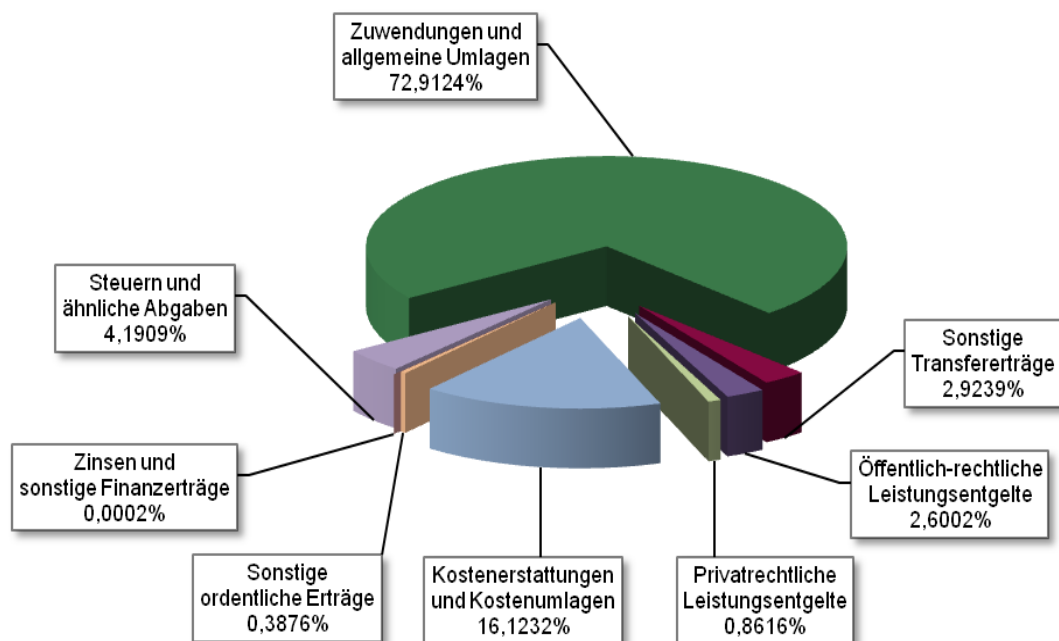
1. Gesamtergebnishaushalt

Der Gesamtergebnishaushalt 2013 weist

Erträge in Höhe von 204.015.660 €
 Aufwendungen in Höhe von 208.172.070 € aus.

Position	Ertrags- und Aufwandsarten	Planansatz 2011 in EUR	Planansatz 2012 in EUR	Planansatz 2013 in EUR
10.	Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	182.260.680	193.554.570	204.015.160
17.	Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	198.371.460	192.217.230	206.920.070
18.	Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit (= 10 ./ 17)	-16.110.780	1.337.340	-2.904.910
19.	Zinsen und sonstige Finanzerträge	3.200	100	500
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.588.800	1.337.440	1.252.000
21.	Finanzergebnis (= 19 ./ 20)	- 1.585.600	-1.337.340	-1.251.500
22.	ordentliches Jahresergebnis (= 18 + 21)	- 17.696.380	0	-4.156.410
23.	außerordentliche Erträge	2.630	8.000	0
24.	außerordentliche Aufwendungen	10.000	4.460	0
25.	außerordentliches Jahresergebnis (= 23 ./ 24)	- 7.370	3.540	0
26.	Gesamtüberschuss/-fehlbedarf (= 22 + 25)	- 17.703.750	3.540	-4.156.410

Ordentliche Erträge 2013



Position	Bezeichnung	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Vergleich 2012/2013
		in EUR	in EUR	in EUR	in %
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	10.420.000	8.233.750	8.550.000	3,84
2.	Zuwendungen und allg. Umlagen	131.287.110	144.241.750	148.752.800	3,13
3.	Sonstige Transfererträge	5.813.550	4.230.850	5.965.260	40,99
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.071.540	5.505.070	5.304.740	-3,64
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.417.340	1.596.630	1.757.700	10,09
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	27.364.040	28.786.420	32.893.860	14,27
7.	Sonstige ordentliche Erträge	887.100	960.100	790.800	-17,63
19.	Finanzerträge	3.200	100	500	400,00
Gesamthaushalt Erträge		182.263.880	193.554.670	204.015.660	5,40

Erläuterungen wesentlicher Positionen des Ergebnishaushaltes mit Erläuterungen bei wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

Steuern und ähnliche Abgaben

Planansätze

2011	2012	2013
10.420.000 €	8.233.750 €	8.550.000 €

Seit 2011 werden Mindererträge geplant. Grund hierfür ist der Rückgang bei den Leistungen des Landes zum Ausgleich von Sonderbedarfsergänzungszuweisungen nach § 15 FAG. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 kommt es gegenüber 2013 zu geringfügigen Mehrerträgen durch den Finanz- und Lastenausgleich (Wohngeldeinsparungen).

Zuwendungen und allg. Umlagen

Planansätze

2011	2012	2013
131.287.110 €	144.241.750 €	148.752.800 €

In der Kontengruppe Zuwendungen und allg. Umlagen sind in den letzten Jahren Mehrerträge zu verzeichnen.

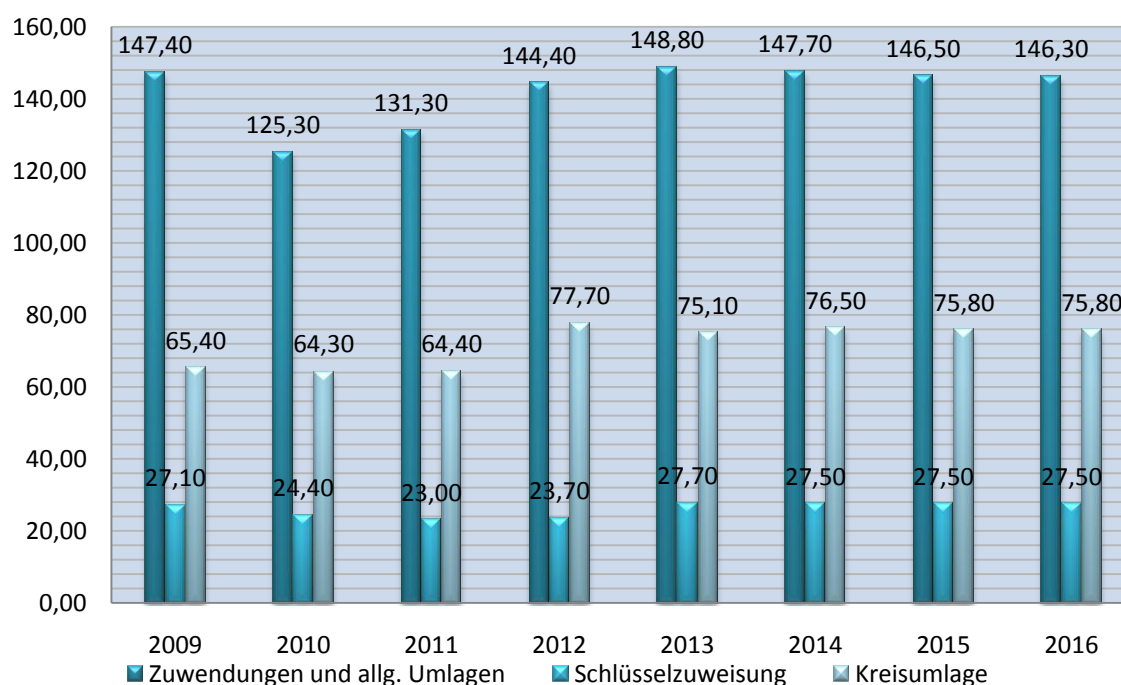


Abbildung zeigt den Gesamtbetrag der Zuwendungen und allg. Umlagen; zusätzlich wurden die darin enthaltenen (nicht investiven) Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage separat dargestellt. Angaben in Millionen €.

<i>Schlüsselzuweisungen (nicht investive)</i>	27.662.950 €
---	--------------

Neben der Kreisumlage stellen die Schlüsselzuweisungen, die der Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land Brandenburg erhält, seine wichtigste Ertragsquelle dar. Die Schlüsselzuweisungen haben sich bis 2009 insgesamt positiv entwickelt. Für die Jahre 2010 und 2011 war ein Rückgang der Erträge zu verzeichnen. Mit einer Erhöhung der Erträge bzw. Einzahlungen ist, laut Mitteilung des Ministeriums des Innern auch für das Jahr 2013 zu rechnen.

Betrug die Schlüsselzuweisung im Haushaltsjahr 2009 noch 27,1 Mio. Euro, so war im Haushaltsjahr 2010 ein Rückgang i. H. v. rund 2,7 Mio. Euro (-9,96 %) auf 24,4 Mio. Euro zu verzeichnen. Im Haushaltsjahr 2011 war eine erneute Minderung um rund 1,4 Mio. Euro (-5,74 %) gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Für das Haushaltsjahr 2012 konnte erstmalig wieder eine Erhöhung der Schlüsselzuweisung i. H. v. rund 700.000 € verzeichnet werden. Dieser positive Trend setzt sich auch im Haushaltsjahr 2013 fort.

Laut Schreiben beträgt die nicht investive Schlüsselzuweisung 27.662.950 €. Somit ergeben sich Mehrerträge von 4 Mio. €.

<i>Kreisumlage/ Finanzausgleichsumlage</i>	75.095.450 €/ 1.365.618,60 €
--	---------------------------------

Der Hebesatz der Kreisumlage lag von 2005 bis 2011 bei 45 %. Ausgehend von der finanziellen Situation des Landkreises und mit Blick auf die enormen jährlichen Kostensteigerungen vor allem im Hinblick auf den Jugend- und Sozialbereich, hätte bereits vor Jahren eine Anhebung der Kreisumlage erfolgen müssen. Für das Haushaltsjahr 2011 war ein Anstieg der Kreisumlage von 45 auf 46 % geplant, die durch die nicht erteilte Haushaltsgenehmigung versagt blieb. (Planwert 64,4 Mio. € bei 46 %; 63,0 Mio. € bei tatsächlichen 45 %)

Im Haushaltsjahr 2012 stieg der Hebesatz von 45 % auf 47%. Im Haushaltsjahr 2013 soll der Hebesatz um einen weiteren Prozentpunkt auf nunmehr 48 % erhöht werden.

Im Jahr 2013 wird von zwei dem Landkreis angehörigen Städten eine Finanzausgleichsumlage durch das Land nach § 17a Bbg FAG erhoben.

Baruth/Mark	167.309 €
Zossen	2.867.399 €

Unter Berücksichtigung des maßgeblichen Kreisumlagesatzes in Höhe von 45,00 v.H. aus dem Jahr 2011 ergibt sich daraus im Fälligkeitsjahr 2013 ein vom Land an den Landkreis weiterzuleitender Anteil an der Finanzausgleichsumlage in Höhe von 1.365.618 €.

Bei den Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage wirkt sich der an das Land abzuführende Betrag der Finanzausgleichsumlage mindert aus. Dies führt im Ergebnis der Erhebung der Kreisumlage zu einem Minderertrag von ca. 91 T€.

Verbliebe der Satz der Kreisumlage im Jahr 2013 bei 47 %, hätte dies im Ergebnis Mindererträge in Höhe von 1.564.490 € zur Folge. Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2013 würde somit um diesen Betrag ansteigen.

Orientierungszahl laut Schreiben des Ministerium der Finanzen vom 18.12.2012

Umlagegrundlage für 2013 = 156.448.861 € (159.483.569 € ./. Finanzausgleichsumlage 3.034.708 €)

<i>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuweisungen</i>	5.970.960 €
--	--------------------

In den Zuwendungen und allg. Umlagen enthalten sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Es handelt sich um nicht zahlungswirksame Erträge. Sie bilden in dieser Kontengruppe eine Differenz zwischen der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung. Ihre Höhe beträgt für das Haushaltsjahr 2013 5.970.960 €.

Die Vermögensentwicklungsanalyse bildet die Jahre 2011 bis 2013 ab.

Sonstige Transfererträge

Planansätze

2011	2012	2013
5.813.550 €	4.230.850 €	5.965.260 €

Musste im Haushaltsjahr 2012 mit einem Rückgang bei den Kostenersätzen (Kostenbeiträge/ Aufwendungsersätze/ Ersatzleistungen) von Privatpersonen und den Leistungen von Sozialleistungsträgern gerechnet werden, liegt die Planung der Fachbereiche für das Planjahr 2013 leicht über dem Niveau von 2011.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Planansätze

2011	2012	2013
5.071.540 €	5.505.070 €	5.304.740 €

In dieser Kontengruppe werden die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren geplant. Grundsätzlich ist hier ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Trotz geringen Mehrerträgen im Zulassungsbereich (122080) und der Volkshochschule (271010) ist in Bereichen wie dem Bauordnungsverfahren, dem Fahrerlaubniswesen oder der Musikschule mit Mindererträgen zu rechnen.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Planansätze

2011	2012	2013
1.417.340 €	1.596.630 €	1.757.700 €

Für das Haushaltsjahr 2013 ist mit einem Anstieg der Erträge zu rechnen. Durch die Eingliederung von Teilen der SWFG ist mit Mehrerträgen im Bereich Tourismus zu rechnen. Ebenfalls eingeplant wurden Mehrerträge resultierend aus der Kostenerstattung von zuvor verauslagten Kosten der Ersatzvornahme bei Gefahrenabwehr. Aber auch bei den Mieten und Pachten im Produkt Grundstücksgeschäfte kann ein geringer Anstieg verzeichnet werden, ebenso wie im Produkt Katasterangelegenheiten durch den Verkauf von Geodaten.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Planansätze

2011	2012	2013
27.364.040 €	28.786.420 €	32.893.860 €

Unter diesen Bereich fallen sämtliche Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Bund, Land und übrigen Bereichen. Neben den hier zu planenden Erstattungen für den Personalbereich (siehe Erläuterung bei den Personalaufwendungen) werden u.a. auch Erstattungen für den sozialen Bereich berücksichtigt. Mehrerträge von Bund und Land sind hier für das Haushaltsjahr 2013 zu erwarten für:

- Produkt 313000 Hilfen für Asylbewerber ca. 530 T€
(Erstattung der Kosten der vorläufigen Unterbringung u. Betreuung der Personen gem. § 2 Nr. 1-5 LAufnG)
- Produkt 311590 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ca. 1,5 Mio.€
(Erstattung gem. § 46 a SGB XII, Bundeszuschuss auf der Basis der Aufwendungen des Vorjahres)
- Produkt 311300 Eingliederungshilfe ca. 1,9 Mio.€
(Liquiditätssicherung für die Aufgabenwahrnehmung gem. § 97 (3) Nr. 1,2 u. 4 SGB XII)

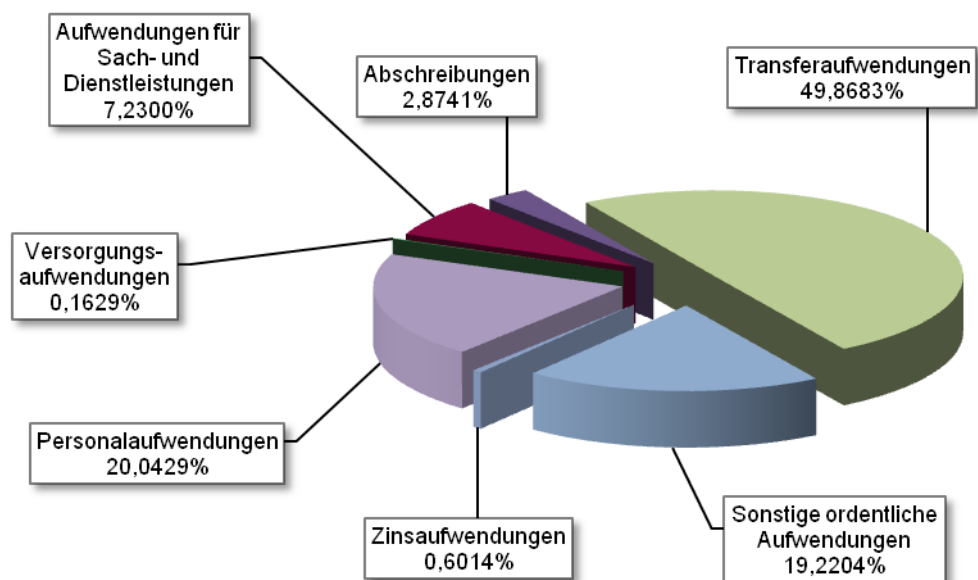
Sonstige ordentliche Erträge

Planansätze

2011	2012	2013
887.100 €	960.100 €	790.800 €

Im Haushaltsjahr 2013 sind Minderungen bei den Erträgen aus Bußgeldern im Produkt 122110 (Verkehrsordnungswidrigkeiten) zu berücksichtigen.

Ordentliche Aufwendungen 2013



Position	Bezeichnung	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Vergleich 2012/2013
		in EUR	in EUR	in EUR	in %
11.	Personalaufwendungen	41.517.640	41.113.650	41.723.800	1,48
12.	Versorgungsaufwendungen	231.520	266.040	339.200	27,50
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.912.560	12.262.410	15.050.850	22,74
14.	Abschreibungen	5.632.130	5.645.740	5.982.990	5,97
15.	Transferaufwendungen	94.653.870	98.782.650	103.811.820	5,09
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.423.740	34.146.740	40.011.410	17,17
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.588.800	1.337.440	1.252.000	-6,39
Gesamthaushalt Aufwendungen		199.960.260	193.554.670	208.172.070	7,55

Personalaufwendungen

Planansätze

2011	2012	2013
41.517.640 €	41.113.650 €	41.723.800 €

Die Personalkosten des Landkreises Teltow-Fläming sind im Haushaltsjahr 2013 leicht steigend. Als Ursache hierfür werden neben Tarifsteigerungen und Anpassungen der Beamtenbezüge die Stufensteigerungen bei den Tariflich Beschäftigten und anstehende oder aber bereits vollzogenen Laufbahnbeförderungen bei den Beamten genannt.

Ab dem Haushaltsjahr 2014 sollen die bevorstehenden Tarifverhandlungen, welche in den Jahren 2014 und 2016 stattfinden werden, und die damit verbundenen Tarifierhöhungen durch entsprechende Personalmaßnahmen kompensiert werden. Dies soll insbesondere im Zusammenhang mit den Untersuchungsergebnissen der Firma „PwC“ erfolgen. Es wird daher vorläufig ein konstanter Kostenverlauf für die Folgejahre ab 2014 angenommen.

Für das Jahr 2013 wurde die bereits beschlossene Tarifierhöhung entsprechend der letzten Tarifverhandlungen mit in der Planung berücksichtigt. Ebenfalls Berücksichtigung findet die Übernahme der 5 Auszubildenden (4 Verwaltungsfachangestellte / 1 Vermessungstechniker). Auch im Jahr 2013 sichert der Landkreis Teltow-Fläming seinen Nachwuchskräftebedarf. Dazu werden ab August 2013 sieben neuen Auszubildenden (6 VFA / 1 VT) beim Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. Ebenfalls wurde die Übernahme von 7 Mitarbeitern aus der SWFG bei der Planung berücksichtigt.

Bezeichnung	2011	2012	2013
Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte	27.695.670 €	26.977.460 €	27.954.800 €
Dienstaufwendungen Tarifliche Gehälter	358.230 €	450.960 €	527.860 €
Sozialversicherungsbeiträge Tariflich Beschäftigte	5.463.910 €	5.393.070 €	5.523.260 €
Aufwendungen für Versorgungskassenbeiträge Tariflich Beschäftigte	886.960 €	851.890 €	884.370 €
Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	296.010 €	757.430 €	65.160 €
Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	-1.100.980 €	-1.421.350 €	-1.489.960 €
Aufwendungen für Beihilfen/ Bildschirmarbeitsplatzbrillen	4.000 €	4.000 €	6.000 €
Summe Tariflich Beschäftigte	33.603.800 €	33.013.460 €	33.471.490 €
Beschäftigungsentgelte (Honorar)	682.700 €	642.900 €	678.100 €
Entgelte für Kreisausbilder	39.220 €	48.200 €	44.200 €
Entgelte für Kreisbrandmeister	5.000 €	4.990 €	4.990 €
Aufwendungen für den Bundesfreiwilligendienst	0 €	68.750 €	52.500 €
Aufwendungen Honorare IB	0 €	0 €	1.400 €
Summe Honorare	726.920 €	764.840 €	781.190 €
Dienstaufwendungen Beamte	4.478.440 €	4.476.390 €	4.405.550 €
Aufwendungen für Versorgungskassenbeiträge Beamte	1.805.420 €	1.798.040 €	1.826.220 €
Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beamte	162.010 €	153.400 €	150.450 €
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte	475.160 €	619.660 €	815.080 €
Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Beamte	265.890 €	287.860 €	273.820 €
Summe Beamtenbezüge	7.186.920 €	7.335.350 €	7.471.120 €

Die **Erstattungen** für Personal kommen hauptsächlich aus folgenden Bereichen:

Zuschüsse für laufende Zwecke (übrige Bereiche) – Spenden
Erträge für den Bundesfreiwilligendienst
Erstattungen vom Land
Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich
Erstattungen von Personalkosten (u.a. Jobcenter)
Erträge aus Verwaltungsaufwendungen für Flugplatz Schönhagen
Erträge aus Verwaltungsaufwendungen für Tourismusverband

Die zu erwartende Summe der Erstattungen beträgt ca. 1.827.920,00 € und ist gegen die Personalaufwendungen entsprechend gegen zu rechnen.

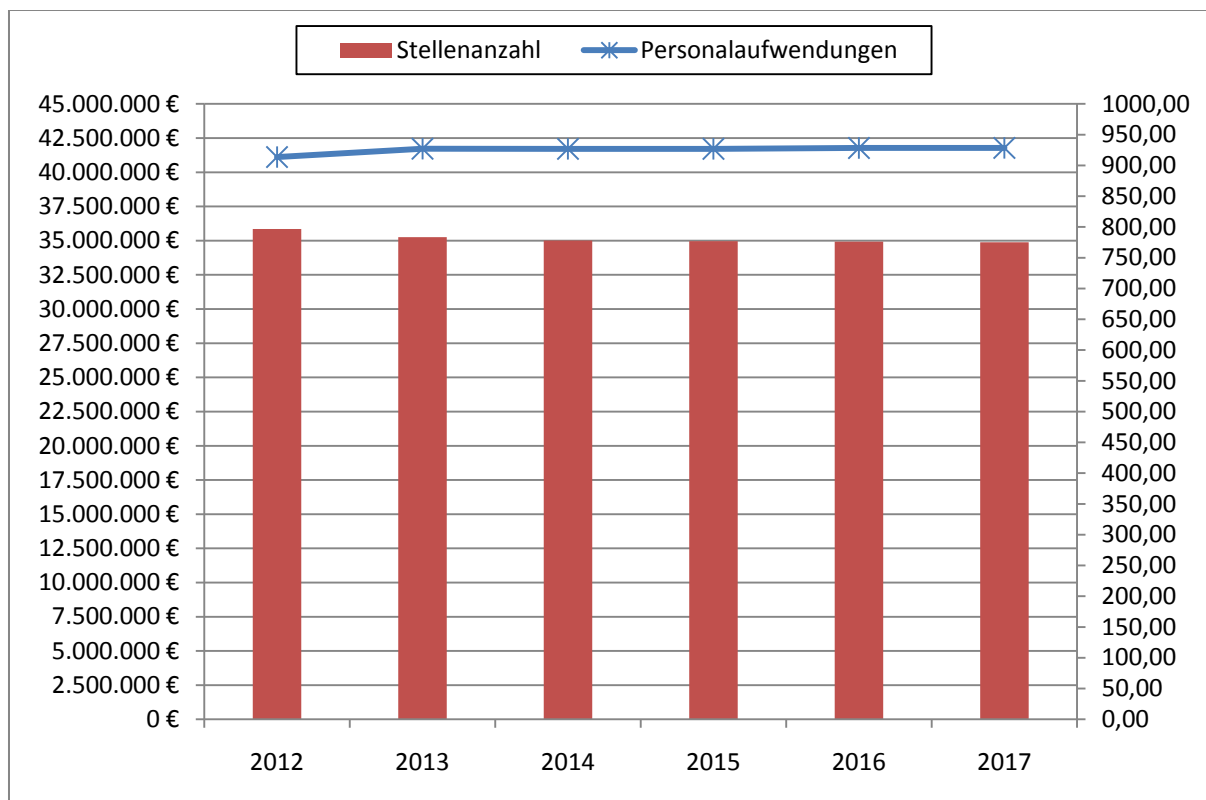


Abbildung der Personalaufwendungen in Mio. €/ Stellenanzahl in VZE

Versorgungsaufwendungen

Planansätze

2011	2012	2013
231.520 €	266.040 €	339.200 €

Bei den Versorgungsaufwendungen handelt es sich um zu tätigende Aufwendungen (Pensions- und Beihilfeverpflichtungen) für Versorgungsempfänger. Der hier zu planende Wert (%-Satz) wurde dem Landkreis durch den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg mit Schreiben vom 26.03.2012 mitgeteilt. Die Berechnung des Ausgangswertes erfolgt durch die beratenden Aktuar Rüss, Dr. Zimmermann und Partner aus Hamburg. Der Mehraufwand ist durch den Landkreis nicht beeinflussbar.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Planansätze

2011	2012	2013
13.912.560 €	12.262.410 €	15.050.850 €

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist ein drastischer Anstieg im Haushaltsjahr 2013 zu verzeichnen. In dieser Kontengruppe sind sämtliche Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung, sei es für Grundstücke und bauliche Anlagen, für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände, Fahrzeuge etc. enthalten. Die

allgemeinen Preissteigerungen bei den Bewirtschaftungskosten machen sich hier durchgängig in fast allen Produkten bemerkbar.

Gründe für den Kostenanstieg hier:

- die Erhöhung der Stromkosten durch die EEG Umlage
- die Erhöhung der Reinigungskosten durch Tarifierhöhungen bei den Firmen
- die Erhöhung der Kosten für Wachschatz (Preissteigerung um 7,5%)
- die Erhöhung der Benzinpreise

Weiterhin mussten im Bereich Unterhaltung in 2013 längst überfällig gewordene Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt werden. Ein erhöhter Aufwandsbedarf liegt hier im Bereich der Schulen aber auch in der Straßenunterhaltung. Ein weiterer Verzicht, wie im letzten Haushaltsjahr, ist im Haushaltsjahr 2013 hier nicht möglich.

Abschreibungen

Planansätze

2011	2012	2013
5.632.130 €	5.645.740 €	5.982.990 €

Mit den Abschreibungen erfasst man planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Die Abschreibung korrespondiert dabei mit dem Wertverlust von Vermögen des Landkreises innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Die Erhöhung der Abschreibungen resultiert für das Haushaltsjahr 2013 aus der Zuweisung mehrerer Straßenabschnitte und Brücken, welche vom Land an den Landkreis übertragen wurden. Desweiteren wurden bisherige investive Baumaßnahmen fertig gestellt.

Die Vermögensentwicklungsanalyse stellt die Abschreibungen der Jahre 2011 bis 2013 grafisch dar.

Transferaufwendungen

Planansätze

2011	2012	2013
94.653.870 €	98.782.650 €	103.811.820 €

Die Aufwendungen im Bereich der Transferaufwendungen sind weiterhin steigend. Für das Haushaltsjahr 2013 ist ein Mehraufwand von ca. 5,0 Mio. € einzuplanen. Dies ist im Sozialamtsbereich durch die allgemeine Regelsatzerhöhung zum 01.01.2013 begründet. Für den Jugendamtsbereich sind Mehraufwendungen für den Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und -pflege sowie im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu berücksichtigen. Steigende Fallzahlen sind sowohl im Jugend- als auch Sozialbereich zu erwarten und fanden bei der Planung ihre Berücksichtigung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Planansätze

2011	2012	2013
42.423.740 €	34.146.740 €	40.011.410 €

Im Haushaltsjahr 2012 führte die Inanspruchnahme von gebildeten Rückstellungen i.H.v. ca. 4,4 Mio. € zu einer Verringerung des Aufwands. Grund war u.a. der negative Ausgang eines Klageverfahrens und damit weiteren verbundenen Widerspruchsverfahren betreffend der Jahre vor 2009. Dies führte u.a. zur Änderung der Eröffnungsbilanz im Zuge des Jahresabschlusses 2009.

Für das Haushaltsjahr 2013 kommt es zu einem Anstieg des Mittelbedarfs. Gründe dafür sind:

- Anstieg der Aufwendungen im Bereich Grundsicherung; Leistungen für Unterkunft und Heizung - Erhöhung um 830 T€
- Aufwendungen für die Landratswahl und dem eventl. Volksentscheid (Nachtflugverbot) in Höhe von ca. 400 T€ eingeplant
- Mehraufwendungen für Gefahrenabwehr 400 T€
- Mehraufwendungen für Gutachterkosten
- Mehraufwendungen bei den Erstattungen der Schulkosten außerhalb des LK

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Planansätze

2011	2012	2013
1.588.800 €	1.337.440 €	1.252.000 €

Hier kann eine Verringerung der Aufwendungen verzeichnet werden. Gründe dafür liegen im Auslaufen von Kreditverpflichtungen, z.B. bei der ILB und in Umschuldungen von bestehenden Kreditverträgen und den damit verbundenen Anpassungen an die zurzeit sehr günstigen Zinssätze.

Außerordentliches Ergebnis 2013 - 2016

Das außerordentliche Ergebnis stellt Aufwendungen dar, die u.a. im Zusammenhang mit Vermögensveräußerungen stehen. Für den Planungszeitraum sind diesbezügliche Veräußerungen nicht vorgesehen.

2. Gesamtfinanzhaushalt

Der Gesamtfinanzhaushalt 2013 weist

Einzahlungen in Höhe von 203.649.520 €
Auszahlungen in Höhe von 208.894.930 € aus.

Position	Bezeichnung	Planansatz 2011 in EUR	Planansatz 2012 in EUR	Planansatz 2013 in EUR
9.	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	176.511.640	187.786.270	198.037.700
15.	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	195.788.070	191.749.290	202.776.880
16.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (= 9 ./ 15)	- 19.276.430	-3.963.020	-4.739.180
24.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.105.520	4.363.800	5.611.820
32.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.730.200	4.354.800	5.611.820
33.	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= 24 ./ 32)	- 1.624.680	9.000	0
34.	= Finanzmittelüberschuss/ Fehlbetrag (= 16 ./ 33)	- 20.901.110	-3.954.020	-4.739.180
37.	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0
40.	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.073.110	555.390	506.230
41.	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= 37 ./ 40)	- 1.073.110	-555.390	-506.230
45.	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (= 34+41+44)	-21.974.220	-4.509.410	-5.245.410

Entwicklung des Finanzmittelbedarfes aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit; Vergleich 2012 – 2013

Bei der Entwicklung des Finanzmittelbedarfes aus laufender Verwaltungstätigkeit ist weiterhin festzustellen, dass die geplanten Einzahlungen unter den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen. Die Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit erfolgt somit aus dem vorhandenen Kassenkreditvolumen.

Bereits mit dem Haushaltsjahr 2012 erfolgten keine Investitionen oberhalb der Grenze der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit. Dies wird auch im Haushaltsjahr 2013 weitergeführt. Eine Durchführung von Investitionsmaßnahmen durch die Inanspruchnahme des Kassenkreditvolumens erfolgt somit nicht.

Bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit ist festzustellen, dass es in den letzten Jahren zu keiner Kreditaufnahme kam. Auch für das Haushaltsjahr 2013 ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesenen Beträge stellen Tilgungsbeträge der vorhandenen Kreditverpflichtungen dar. Auch diese Auszahlungen erhöhen die Inanspruchnahme des Kassenkreditvolumens.

Inanspruchnahme von Kassenkrediten

Zur Gewährleistung der ständigen Zahlungsfähigkeit des Landkreises ist seit Jahren eine Kassenkreditaufnahme notwendig. Um die damit verbunden Zinsaufwendungen zu minimieren, wird eine strenge Liquiditätsplanung erstellt und tagtäglich die Höhe der zu tätigen Auszahlungen überwacht.

In Vorbereitung der Haushaltssatzung 2013 wurde der § 4 zur Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden, der Haushaltssatzung entnommen, da dieser gemäß § 76 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg durch gesonderten Beschluss festgesetzt werden kann.

Die Festsetzung der Höhe des Kassenkredites dient dazu, in Spitzenabrechnungszeiten die Zahlungsfähigkeit des Landkreises gewährleisten zu können. Im gesamten Haushaltsjahr 2012 zeichnete sich monatlich ein enormer Anstieg der Inanspruchnahme des Kassenkredites ab. Die durchschnittliche Inanspruchnahme lag dabei bei 30.800.000 €.

Die Höhe resultiert u.a. aus Nachzahlungen von Personalkosten im Kita-Bereich, den höheren Beträgen bei den Auszahlungen der Schecks an Asylbewerber, dem Zuschuss an die SWFG, den Vorauszahlungen von Sozialhilfeleistungen und den gestiegenen Kosten für die Heimunterbringungen.

Da eine Erhöhung der Landeszuweisungen nicht erfolgt und der Landkreis zur Auszahlung verpflichtet ist, ergibt sich die Notwendigkeit zur Erhöhung des Limits für den Kassenkredit, da die zuvor genannten Kosten auch das Haushaltsjahr 2013 belasten werden.

Eine weitere Notwendigkeit der Erhöhung des Kassenkreditvolumens resultiert aus der Tatsache, dass die Landeszuweisungen für den sozialen Bereich vorab lediglich als Abschlag im Vergleich zum Vorjahr ausgezahlt werden und erst zum Ende des Haushaltsjahres die endgültigen Bescheide mit den Verrechnungsbeträgen erlassen werden.

Dieser Sachverhalt trifft auch für förderfähige investive Maßnahmen zu. Hier ist der Landkreis verpflichtet in Vorleistung zu gehen und erst im Nachgang können dann entsprechend den Abrechnungsunterlagen die Fördermittel abgerufen werden.

Auf Grund der zuvor angeführten Tatsachen und der daraus resultierenden gestiegenen Inanspruchnahme des Kassenkredites sowie des neu geplanten strukturellen Defizits in Höhe von 4,1 Mio. € wird das bisherige Limit von 37.000.000 € auf 43.000.000 € erhöht und nunmehr als Beschlussvorlage im Kreistag eingebracht.

Finanzierungsbedarf für die Inanspruchnahme von Rückstellungen und Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum

Zu den Inanspruchnahmen von Rückstellungen kann gesagt werden, dass die Inanspruchnahmen (da negative Aufwandsbuchungen) die Ergebnisplanung positiv beeinflussen. Der Finanzierungsbedarf hinsichtlich des Vergleichs zwischen Ergebnis- und Finanzplanung stellt sich somit als dessen Differenz dar. Im Haushaltsjahr 2013 sind Inanspruchnahmen von Rückstellungen geplant in den Bereichen:

Personalaufwendungen

Hier betrifft es die Altersteilzeitverträge, die sich in der sog. Ruhephase befinden oder sich im Laufe des Jahres 2013 in die Ruhephase begeben.

Öffentlicher Personennahverkehr

Durch das Land Brandenburg werden jährlich 200.000 € per Zuwendungsbescheid zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden als Zuschuss an Gemeinden/Ämter/Städte des Landkreises weitergeleitet um im Bereich Personennahverkehr investiv tätig zu werden. Nicht ausgeschöpfte Mittel werden den Rückstellungen zugeführt und nach Bedarf wieder entnommen. Für das Haushaltsjahr 2013 beläuft sich dieser Wert auf 385.000 €.

Schülerbeförderung

Bei den Schulkostenbeiträgen erfolgt die Rechnungslegung der angrenzenden Landkreise für das laufende Jahr an den Landkreis per Abschlag. Die Endabrechnung erfolgt generell um ein Jahr zeitversetzt. Im Zuge der Umstellung auf die Doppik wurde festgelegt, dass für Vorvorjahre sodann eine Rückstellung gebildet werden muss um eine periodengerechte Darstellung der Aufwendungen gewährleisten zu können.

Ist mit der Abrechnung von Vorvorjahren im Planjahr zu rechnen, erfolgt die Planung der Inanspruchnahme. Für das Jahr 2013 wird mit einer Inanspruchnahme von 206.100 € gerechnet.

Diese Werte gehen aus der Rückstellungsübersicht unter dem Punkt Inanspruchnahme Rückstellungen hervor.

Übersicht über die geplanten Investitionstätigkeiten 2013

In diesem Haushaltsjahr wird laut Mitteilung des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg aufgrund von noch nicht vollziehbarem Baurecht in 2013 nicht in Größenordnungen an der B101 gebaut, so dass für den Landkreis kein Mitfinanzierungsanteil fällig wird.

Bezeichnung/ Erläuterung		Planansatz 2013 in EUR
	Investive Schlüsselzuweisung	4.222.600
	Fördermittel	1.218.300
	Zuschuss Stadt Baruth/Stadt Zossen	163.920
	aus Veräußerung v. übrigem Sachanlagevermögen	7.000
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.611.820
Erwerb von Grundstücken	OSZ	143.000
	Kreisentwicklung	14.200
	Grundstücksangelegenheiten	230.000
Sachanlagevermögen	Steuerung der Verwaltung und	5.000
	Zentrale Dienstleistungen	108.000
	ADV	117.500
	Brandschutz	163.100
	Katastrophenschutz	598.000
	Kraftfahrzeugzulassung	2.550
	Verkehrsordnungswidrigkeiten	71.000
	Veterinärwesen	2.120

	Lebensmittelüberwachung	2.400
	Gymnasien	80.440
	Förderschulen	43.600
	OSZ	48.500
	Schullandheim "Haus am See"	3.900
	Kunst und Geschichtswahrung	6.400
	Kreismusikschule	5.000
	Volkshochschule	4.500
	Kreismedienzentrum	2.140
	Öffentlicher Gesundheitsdienst	24.200
	Kreisentwicklung	3.000
	Flughafenbelange	1.200
	Katasterangelegenheiten	20.000
	Bauordnungsverfahren	12.420
	Agrarförderung/ländliche Entwicklung	26.300
	Öffentlicher Personennahverkehr	500
	Wirtschaftsförderung	500
	Tourismus	2.200
Erwerb GWG	Steuerung der Verwaltung	7.000
	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	500
	Zentrale Dienstleistungen	30.000
	Kasse und Vollstreckung	5.820
	Personalangelegenheiten	700
	Brandschutz	73.400
	Katastrophenschutz	8.600
	Veterinärwesen	1.000
	Lebensmittelüberwachung	1.000
	Schlachtier- u. Fleischunters.	1.000

Bezeichnung/Erläuterung		Planansatz 2013 in EUR
Erwerb von GWG	Gymnasien	57.000
	Förderschulen	59.650
	OSZ	30.000
	Sonstige schulische Aufgaben	1.700
	Schullandheim "Haus am See"	7.000
	Kunst und Geschichtswahrung	9.080
	Kreismusikschule	5.000
	Volkshochschule	2.000
	Kreismedienzentrum	3.000
	Denkmalschutz u. -förderung	200
	Unterhaltsvorschussleistungen	1.000
	Tageseinrichtungen/Tagespflege	500
	Jugendarbeit	2.000
	Elterngeld	500
	Jugendsozialarbeit	300

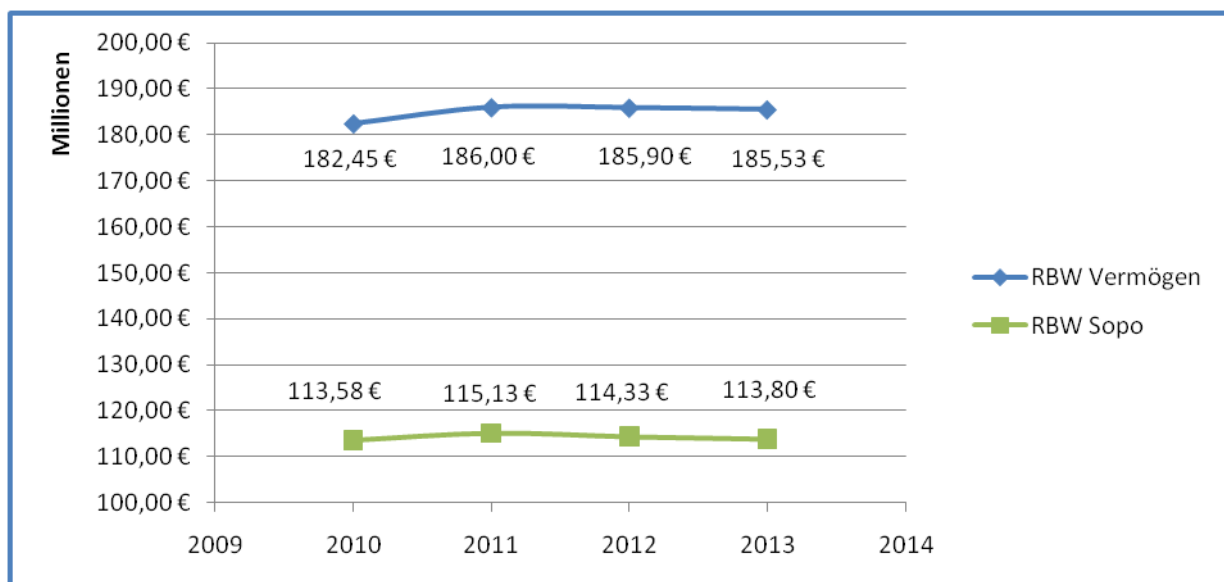
	Förderung der Erziehung	1.200
	Partnerschaft, Trennung, Pers.sorge	500
	Hilfe zur Erziehung	3.000
	Hilfe für junge Volljährige	300
	Mitwirkung in Verfahren nach dem	500
	Tageseinrichtungen für Kinder	500
	Öffentl. Gesundheitsdienst	4.500
	Kreisentwicklung	2.000
	Flughafenbelange	200
	Katasterangelegenheiten	15.000
	Kreisstraßen	400
	Kreisstraßenmeisterei	12.000
	Naturschutz	300
	Landwirtschaftsschule	1.500
	Agrarförderung/ländliche Entwicklung	2.000
	Agraraufsicht/Grundstücksaufsicht	500
Erwerb von	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	3.000
immateriellen	ADV	126.000
Vermögenswerten	Personalangelegenheiten	11.000
	Ausländerangelegenheiten	2.000
	Staatsangehörigkeits- Einbürgerung	6.200
	Fahrerlaubnis/Fahrschulwesen	27.300
	Kraftfahrzeugzulassung	13.000
	Verkehrssicherheit/-lenkung	26.500
	Lebensmittelüberwachung	1.000
	Gymnasien	18.000
	Förderschulen	6.000
	OSZ	25.800
	Schülerbeförderung	6.000
	Kreismusikschule	500
	Volkshochschule	3.000
	Denkmalschutz und -förderung	7.100

Bezeichnung/Erläuterung		Planansatz 2013 in EUR
Erwerb von	Elterngeld	4.000
immateriellen	Öffentlicher Gesundheitsdienst	9.300
Vermögenswerten	Kreisentwicklung	500
	Bauordnungsverfahren	41.580
	Grundstückangelegenheiten	27.370
	Gewässerschutz	10.000
	Tourismus	1.500
Baumaßnahmen	Brandschutz	220.000
	Gymnasien	423.760
	Förderschulen	70.000

	OSZ	15.000
	Schullandheim "Haus am See"	50.000
	Grundstücksangelegenheiten	200.000
	Museumsdorf Glashütte	95.000
	Kreisentwicklung	1.527.390
	Kreisstraßen	540.000
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.611.820
Saldo		0

Vermögensentwicklungsanalyse 2011 – 2013

Das Vermögen des Landkreises entwickelte sich wie folgt:



RBW Vermögen – Restbuchwert des Vermögens; RBW Sopo – Restbuchwert Sonderposten

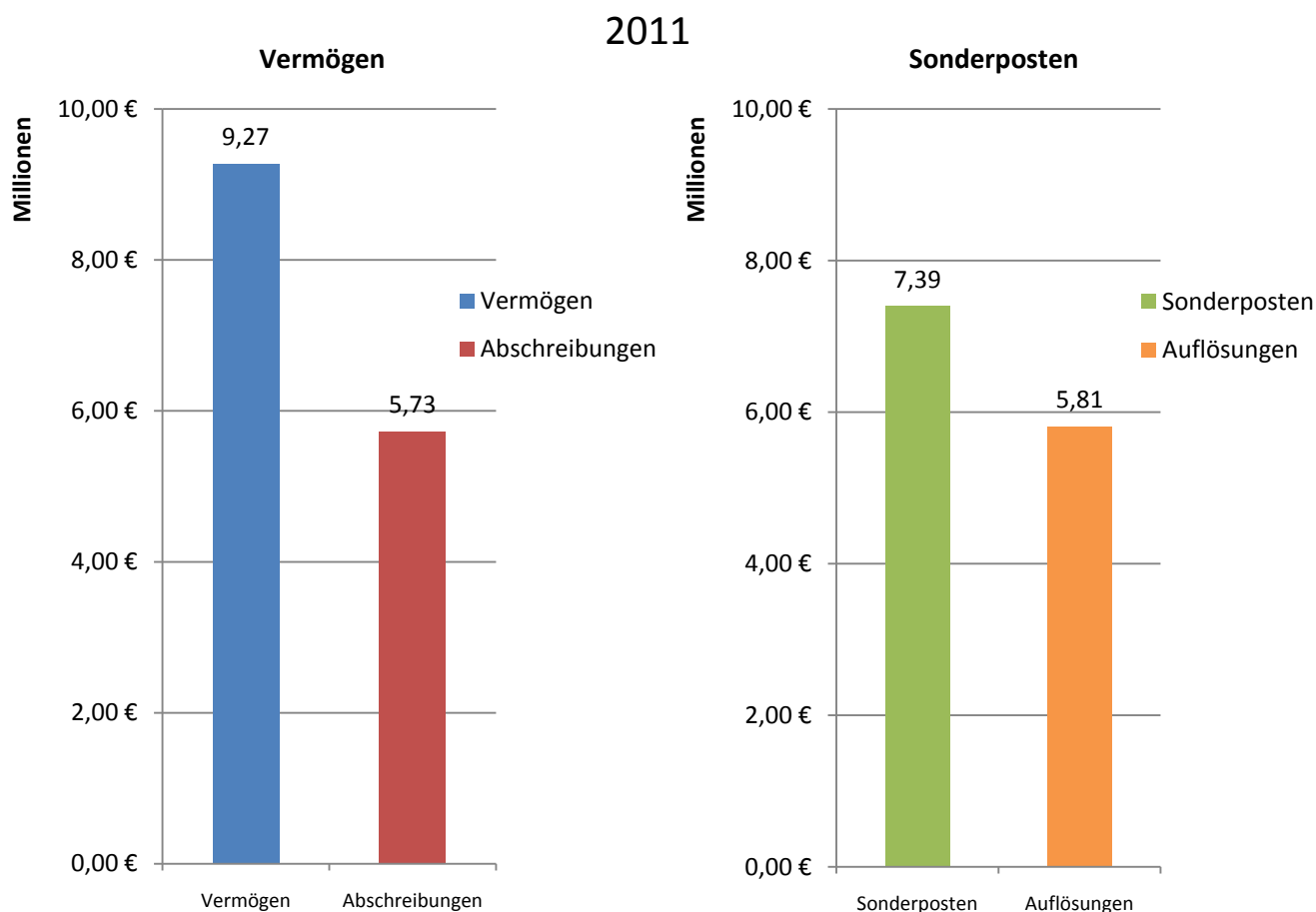
Das hier dargestellte Vermögen beinhaltet das immaterielle Vermögen, das Sachanlagevermögen, die Vorräte und die abschreibungspflichtigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

In den nachfolgenden Diagrammen wird das Vermögen (hier der Zuwachs im jeweiligen Haushaltsjahr) den Abschreibungen aus dem Gesamtvermögen gegenübergestellt. Parallel dazu der Zuwachs an Sonderposten in dem entsprechenden Haushaltsjahr den entstehenden Erträgen aus der Auflösung der Gesamtsonderposten.

In den einzelnen Jahren stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar.

RBW zum 31.12.10 **182.448.070 €**

113.570.890 €

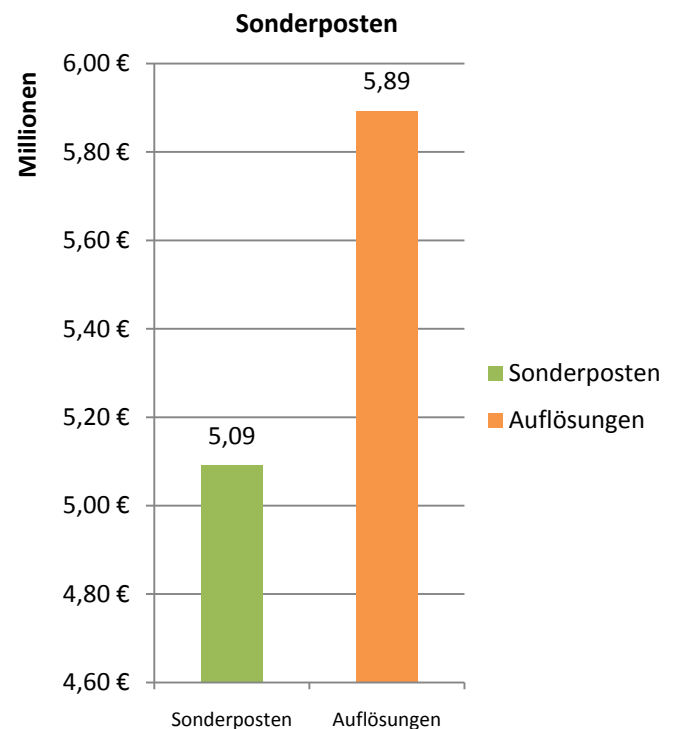
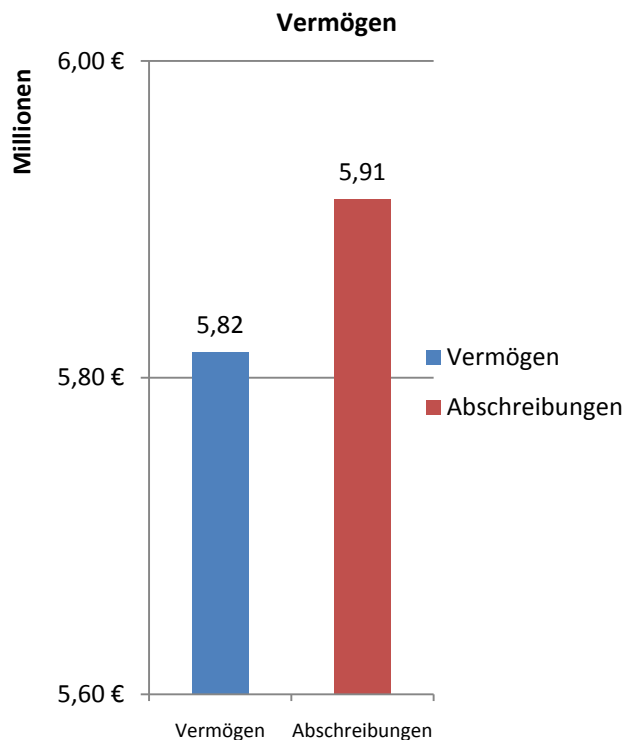


Somit ergeben sich zum 31.12.2011 folgende RBW:

185.996.800,00 €

115.128.210,00 €

2012

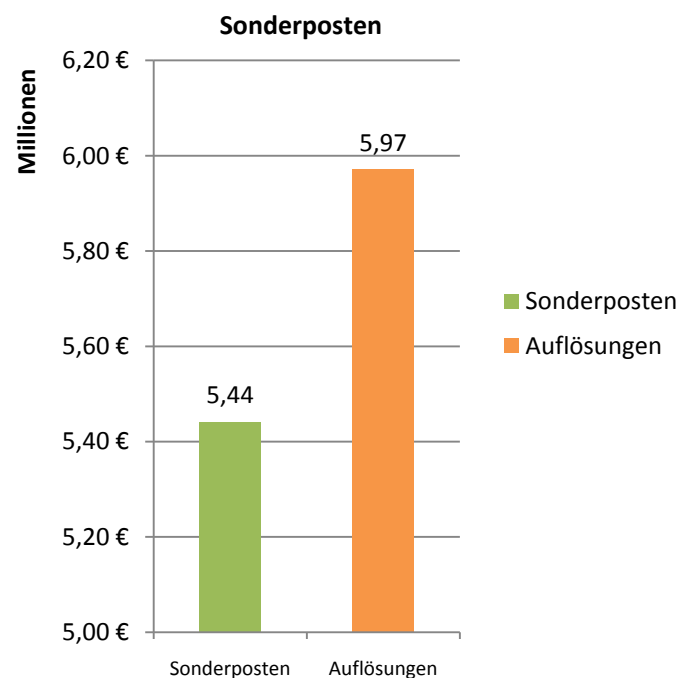
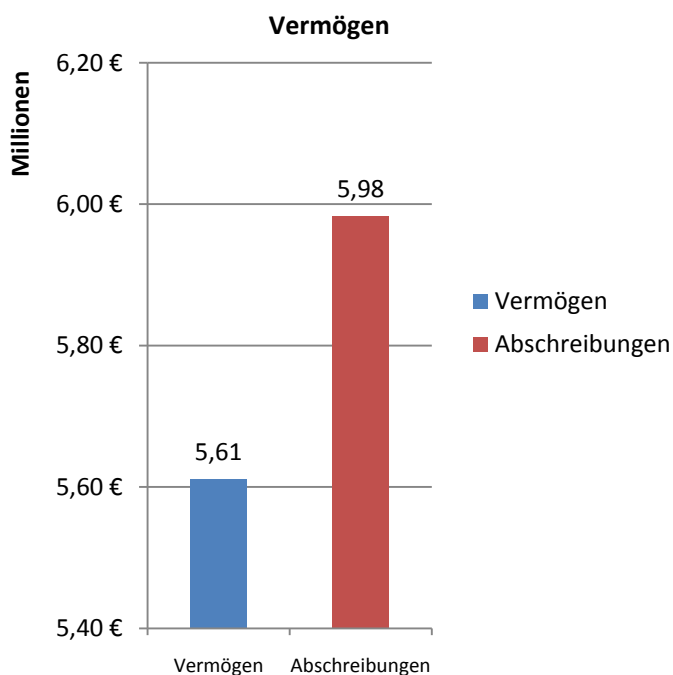


Es ergeben sich zum 31.12.2013 folgende RBW:

185.900.600,00 €

114.327.280,00 €

2013



Es werden zum 31.12.13 folgende RBW geplant:

179.882.030,00 €

113.797.220,00 €

Bürgschaften des Landkreises Teltow-Fläming

Bürgschaften können den Schuldenstand des Landkreises mittelbar beeinflussen, falls er als Bürge in Anspruch genommen wird. Diese Zahlungsverpflichtungen könnten bei angespannter Finanzlage des Landkreises nur durch die Aufnahme eines Kredites erfüllt werden.

Mit Erlass vom 17. Mai 2006 genehmigte das Ministerium des Innern (MI) dem Landkreis die Übernahme von insgesamt 15 Ausfallbürgschaften mit einem Bürgschaftsvolumen von rd. 17,2 Mio. € (Schuldenstand zum 30. Juni 2005) zugunsten der SWFG (12,8 Mio. €) und der FGS (4,4 Mio. €). Mit Erlass vom 05. Juli 2006 genehmigte das MI eine weitere Ausfallbürgschaft über 13 Mio. € für den Ankauf von Immobilien von der MBS Potsdam durch die SWFG. Die Ausfallbürgschaften zugunsten der SWFG hatten ein Gesamtvolumen von rd. 25,8 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2006 wiesen die mit den Ausfallbürgschaften besicherten Darlehensverträge der FGS ein Restsaldo i.H.v. 4,2 Mio. € aus, der sich bis zum 31. Dezember 2012 auf rd. 2,71 Mio. € reduziert.

Die mit den Ausfallbürgschaften besicherten Darlehensverträge der SWFG wiesen zum 31. Dezember 2006 ein Restsaldo i.H.v. 24,2 Mio. € aus, der sich bis zum 31. Dezember 2012 auf 17,9 Mio. € reduziert.

Weiterhin bestehen für den Rettungsdienst Eigenbetrieb zwei Bürgschaften. Mit Datum vom 13.12.2006 wurde ein Darlehensvertrag über 600 T€ für den Umbau der Rettungswache Jüterbog und am 20.12.2010 ein Darlehen für den Umbau der Rettungswache Baruth in Höhe von 450 T€ unterzeichnet. Zum 31.12.2012 betragen hier die Restsalden 519,3 T€ und 431,3 T€.

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Zu den kreditähnlichen Rechtsgeschäften gehört der Leasingvertrag Kreishaus. Der Immobilienleasingvertrag zum Kreishaus Teltow-Fläming wurde am 20.03.1998 vor dem Notar Dr. Zimmermann in Düsseldorf von den Vertragspartnern unterschrieben.

Die Berechnungsgrundlagen für die Zahlungen des Leasingnehmers sind die Gesamtinvestitionskosten. Diese betrugen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses voraussichtlich brutto 74.637.584,49 DM (38.161.590,98 €).

davon betragen:		
Erbbaurecht	50.000,00 DEM	25.564,59 €
Gebäude mit Parkhaus	72.454.445,68 DEM	37.045.369,83 €
davon:		
Platzierungsgarantiegebühr	717.370,75 DEM	366.785,84 €
projektbezogene Vorkosten	6.900.887,58 DEM	3.528.367,79 €
Sonstiges		
darin:		
Bauzwischenfinanzierung	2.042.138,91 DEM	1.044.129,04 €
Notar-, Gerichtskosten	91.000,00 DEM	46.527,56 €

Die Übergabe des Genehmigungsbescheides des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg erfolgte am 30.03.1998 im Rahmen der Feierlichkeiten zum Ersten Spatenstich für den Kreishausneubau.

Nachstehend aufgeführt die jährlichen Leasingkosten für das Kreishaus.

	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
Aufwendungen Leasing Kreishaus	2.896.620 €	3.324.040 €	3.324.040 €

Übersicht Schuldenstand/ Tilgung der Kreditverpflichtungen

Bezeichnung des Kredites, Kontonummer	Schuldenstand 31.12.2011 lt. Kontoauszug - € -	Schuldenstand 31.12.2012 lt. Kontoauszug - € -	Tilgungen 2013 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2013 gerundet - € -
VR-Bank Kto: 1105740870	3.769.355,81 €	3.718.557,45 €	52.430 €	3.666.127 €
DKB Ausbau B101 Kto: 6706446793	1.860.728,87 €	1.833.394,89 €	28.430 €	1.804.965 €
DKB Ausbau B101 Kto: 6706740033	4.228.892,42 €	4.172.595,95 €	58.510 €	4.114.086 €
WL-Bank Umschuldung Kto: 103303100	1.584.861,10 €	1.563.288,19 €	22.500 €	1.540.788 €
Bayern LB Kto: 46/1113134-08	5.331.692,79 €	5.248.607,76 €	86.080 €	5.162.528 €
Bayern LB Kto: 56/1113134-08	1.095.591,52 €	1.078.518,65 €	18.480 €	1.060.039 €
MBS Potsdam Umschuldung Kto: 103303102	1.582.952,85 €	1.530.952,85 €	52.000 €	1.478.953 €
Zwischensumme	19.454.075,36 €	19.145.915,74 €	318.430 €	18.827.486 €

Bezeichnung des Kredites, Kontonummer	Schuldenstand 31.12.2011 lt. Kontoauszug - € -	Schuldenstand 31.12.2012 lt. Kontoauszug - € -	Tilgungen 2013 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2013 gerundet - € -
Haus des Gastes D-Nr: 8151009706	65.230,00 €	56.890,00 €	8.340 €	48.550 €
Alte Schule D-Nr: 8151009714	8.439,67 €	5.427,67 €	3.020 €	2.408 €
Hüttengelände D-Nr: 8320036136	41.776,85 €	35.102,45 €	35.110 €	- €
Schleiferei D-Nr: 8320036470	58.525,80 €	55.823,18 €	2.760 €	53.063 €
Töpferei D-Nr: 8320036500	58.491,87 €	55.788,55 €	2.760 €	53.029 €
Alte Schule DGHyp D-Nr: 3225563000	143.127,44 €	124.770,45 €	19.270 €	105.500 €
Wohnhaus HW8 D-Nr: 8320046018	295.174,78 €	275.979,18 €	27.060 €	248.919 €
Zwischensumme	670.766,41 €	609.781,48 €	98.320 €	511.461 €

Bezeichnung des Kredites, Kontonummer	Schuldenstand 31.12.2011 lt. Kontoauszug - € -	Schuldenstand 31.12.2012 lt. Kontoauszug - € -	Tilgungen 2013 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2013 gerundet - € -
Turnhalle Rangsdorf	268.425,00 €	89.475,00 €	89.480 €	- €
Zwischensumme	268.425,00 €	89.475,00 €	89.480 €	- €

Gesamt	20.393.266,77 €	19.845.172,22 €	506.230 €	19.338.942 €
---------------	------------------------	------------------------	------------------	---------------------

Zielvorgaben gem. 6 Abs. 4 KomHKV

§ 14 Absatz 3 der kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg fordert weiterhin die Ausrichtung der jährlichen Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle kommunaler Haushalte mit Hilfe von Produktzielsetzungen. Die Aufstellung solcher Produktziele und deren sinnvolle Einbettung in das Handeln der jeweiligen Kommune sind jedoch nicht standardisiert. D. h. es gibt keine konkreten Vorgaben, wie diese Produktzielsteuerung umgesetzt werden soll. Die Freiheit der Produktzielgestaltung macht somit die Orientierung an einem schlüssigen Konzept zur Produktzielsteuerung auf Basis langfristiger Zielsetzungen erforderlich.

Um auch diesen Anforderungen gerecht zu werden, hat der Landkreis im IV. Quartal 2011 damit begonnen, ausgehend von einem Leitbild, die ersten strategischen und mittelfristigen Entwicklungsziele festzulegen. Auf der Grundlage der mittelfristigen Entwicklungsziele sollen dann, für den Haushaltsplan 2014, steuerungsrelevante Produktziele entwickelt werden, deren Zielerreichungsgrade mit Hilfe von Kennzahlen gemessen werden können. In diesem Zusammenhang werden auch Maßnahmen definiert, welche zum einen der vorgegebenen Zielerreichung und zum anderen der eindeutigen Bestimmung der dafür erforderlichen Haushaltsmittel dienen.

Zur optimalen Unterstützung dieser neuen Steuerungsinstrumente hat der Landkreis begonnen ein detailliertes Berichtswesen aufzubauen. Mit dessen Hilfe sollen die so gewonnenen vollumfänglichen Sach- und Finanzinformationen zusammengefasst werden und somit der Unterstützung der Verwaltungssteuerung dienen.

Darstellung der Abweichung Haushaltsplan 2013 vom mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan des Vorjahres

Nachfolgend wird die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung des Vorjahres 2012 der laufenden Haushaltsplanung gegenübergestellt. Die Abweichung zeigt das mehr (+) oder weniger (-) der einzelnen Haushaltspositionen.

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014	Planansatz 2015	Planansatz 2016
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	8.233.750	7.733.750	7.733.750	7.733.750	0
			8.550.000	8.550.000	8.550.000	8.550.000
	Abweichung +/-		816.250	816.250	816.250	
2.	Zuwendungen und allg. Umlagen	144.241.750	145.919.040	145.763.010	144.295.290	0
			148.752.800	147.676.110	146.510.360	146.344.590
	Abweichung +/-		2.833.760	1.913.100	2.215.070	
3.	Sonstige Transfererträge	4.230.850	3.817.350	3.367.850	3.347.850	0
			5.965.260	5.955.260	5.950.260	5.940.260
	Abweichung +/-		2.147.910	2.587.410	2.602.410	
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.505.070	5.217.470	5.237.870	5.213.870	0
			5.304.740	5.315.290	5.291.290	5.291.290
	Abweichung +/-		87.270	77.420	77.420	
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.596.630	1.596.930	1.596.930	1.596.930	0
			1.757.700	1.770.700	1.769.700	1.769.700
	Abweichung +/-		160.770	173.770	172.770	
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.786.420	30.108.750	31.349.640	31.216.180	0
			32.893.860	33.883.610	33.815.500	33.712.630
	Abweichung +/-		2.785.110	2.533.970	2.599.320	
7.	Sonstige ordentliche Erträge	960.100	790.100	790.100	790.100	0
			790.800	788.800	788.800	788.800
	Abweichung +/-		700	-1.300	-1.300	
19.	Finanzerträge	100	100	100	100	0
			500	500	450	450
	Abweichung +/-		400	400	350	
Gesamthaushalt Erträge		193.554.670	195.183.490	195.839.250	194.194.070	0
		0	204.015.660	203.940.270	202.676.360	202.397.720

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014	Planansatz 2015	Planansatz 2016
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
11.	Personalaufwendungen	41.113.650	41.897.050	42.095.430	42.842.600	0
			41.723.800	41.711.420	41.715.020	41.775.080
	Abweichung +/-		-173.250	-384.010	-1.127.580	
12.	Versorgungsaufwendungen	266.040	287.340	310.330	335.120	0
			339.200	368.380	400.130	434.720
	Abweichung +/-		51.860	58.050	65.010	
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.262.410	13.499.890	13.219.070	12.981.640	0
			15.050.850	14.334.020	14.283.860	14.309.360
	Abweichung +/-		1.550.960	1.114.950	1.302.220	
14.	Abschreibungen	5.645.740	5.483.920	5.165.100	4.946.960	0
			5.982.990	5.545.840	5.316.730	5.032.350
	Abweichung +/-		499.070	380.740	369.770	
15.	Transferaufwendungen	98.782.650	93.637.620	92.738.690	90.700.990	0
			103.811.820	103.646.380	103.251.230	103.180.030
	Abweichung +/-		10.174.200	10.907.690	12.550.240	
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.146.740	38.926.680	40.816.980	38.638.440	0
			40.011.410	39.819.400	39.404.610	39.476.660
	Abweichung +/-		1.084.730	-997.580	766.170	
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.337.440	1.460.990	1.493.650	1.264.280	0
			1.252.000	1.227.670	1.205.120	1.162.310
	Abweichung +/-		-208.990	-265.980	-59.160	
Gesamthaushalt Aufwendungen		193.554.670	195.193.490	195.839.250	191.710.030	0
		0	208.172.070	206.653.110	205.576.700	205.370.510

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012 in EUR	Planansatz 2013 in EUR	Planansatz 2014 in EUR	Planansatz 2015 in EUR	Planansatz 2016 in EUR
9.	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187.786.270	189.416.510	190.320.050	189.072.590	
			198.037.700	198.093.940	196.853.780	196.596.060
15.	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	191.749.290	190.267.920	190.984.390	186.640.000	
			202.776.880	201.458.860	200.576.210	200.559.780
16.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (= 9 ./ 15)	-3.963.020	-851.410	-664.340	2.432.590	
			-4.739.180	-3.364.920	-3.722.430	-3.963.720
	Abweichung +/-		3.887.770	2.700.580	6.155.020	
24.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.363.800	5.912.700	7.310.340	6.197.050	
			5.611.820	5.286.210	4.425.570	4.729.800
32.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.354.800	5.972.500	7.306.340	6.193.050	
			5.611.820	5.281.210	4.420.570	4.724.800
33.	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= 24 ./ 32)	9.000	-59.800	4.000	4.000	
			0	5.000	5.000	5.000
	Abweichung +/-		-59.800	1.000	1.000	
34.	= Finanzmittelüberschuss/ Fehlbetrag (= 16 ./ 33)	-3.954.020	-911.210	-660.340	2.436.590	
			-4.739.180	-3.359.920	-3.717.430	-3.958.720
	Abweichung +/-		3.827.970	2.699.580	6.154.020	
37.	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	
			0	0	0	0
40.	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	555.390	478.180	402.440	414.420	
			506.230	398.210	410.220	431.580
41.	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= 37 ./ 40)	-555.390	-478.180	-402.440	-414.420	0
			-506.230	-398.210	-410.220	-431.580
	Abweichung +/-		28.050	-4.230	-4.200	
45.	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (= 34+41+44)	-4.509.410	-1.389.390	-1.062.780	2.022.170	
			-5.245.410	-3.758.130	-4.127.650	-4.390.300